

Soziale Offensive gegen die konservative „Tendenzwende“

Helmut Rohde, geboren 1925 in Hannover. Journalistische Ausbildung, Studium an der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven. Er ist seit 1957 Mitglied des Deutschen Bundestages und war von Herbst 1969 bis Mai 1974 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, von Mai 1974 bis Anfang 1978 Minister für Bildung und Wissenschaft. Helmut Rohde ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD.

Kein Zweifel: die Unsicherheit darüber, wie die Zukunft sein wird und was für sie bewirkt werden sollte, hat zugenommen. Wir finden nicht mehr die pralle Selbstsicherheit und Zuversicht einer Periode vor, in der Kennedy mit der Verheißung „neuer Horizonte“ und Chruschtschow mit der Aussicht auf den „Gulasch-Kommunismus“ weltweit die soziale Phantasie belebten. Bei aller Gegensätzlichkeit der Systeme gingen beide von der Erwartung verstetigten, ja überschäumenden Wirtschaftswachstums aus, das jeder nach seinen politischen Zielen kultivieren wollte. Inzwischen hat sich die politische Tagesordnung verändert. Schon die Sprache spiegelt das wider. Energielücke, Rohstoffversorgung, Zahlungsbilanzdefizite, Rezession, Arbeitslosigkeit sowie Mangel in der Güterversorgung, soweit es jedenfalls die kommunistischen Länder angeht, beherrschen die internationale Wirklichkeit und Diskussion.

Traut man den Meinungsumfragen, dann haben sich die Zukunftserwartungen und Einschätzungen schneller noch als die sozial-ökonomischen Verhältnisse selbst verändert.

Wie immer, wenn eingeübte Selbstsicherheiten auf neue schwerwiegende Probleme und Konflikte stoßen, breitet sich ein Klima aus, in dem sich Resignation, Pessimismus, Rückzug ins Private und ähnliche Verhaltensweisen einnisten. Bei manchen gerät das bis zur intellektuellen Koketterie. Es entsteht eine diffuse Atmosphäre, in der die Konservativen auf Beute ausgehen. Sie versuchen mit Begriffen wie „Tendenzwende“, „Rückbesinnung auf alte Tugenden“ diesen Stimmungslagen ihre politische Richtung zu geben. Diese Art Mut zum Gestern, die Tendenz zur Antireform wird ausgerechnet in einer Zeit, in der sich die Wirtschaft auf einen neuen technologischen Sprung nach vorn vorbereitet hat, als gesellschaftspolitischer Wegweiser anempfohlen.

Auf der Hut sein - das heißt heute, gegen diese Tendenzwendenphilosophie anzutreten. Resignative Stimmungen würden nichts anderes bewirken, als Freiräume für jene politischen Gegenkräfte zu eröffnen, die an die Stelle der Grundbedingungen demokratischer Sozialstaatlichkeit die traditionellen „ordnungspolitischen Rahmenbedingungen“ setzen wollen. Arbeitnehmervertreter wissen das aus geschichtlichen und aktuellen Erfahrungen. So ist es auch kein Zufall, daß sich gerade jüngst die Auseinandersetzungen über Form und Inhalt der Mitbestimmung verschärft haben.

Die gesellschaftspolitische Diskussion und die aus ihr erwachsenden Entscheidungen nicht in jene Stimmungslage abgleiten zu lassen, für die in der *Sonthofener Rede von Strauß* die Regieanweisung gegeben wurde, entspricht den Interessen der Arbeitnehmer ebenso wie den bundesrepublikanischen Tatsachen. Schließlich ist die Bundesrepublik eines der wirtschaftlich stärksten Industrieländer, das besser als andere mit den Auswirkungen der internationalen Strukturkrisen fertig geworden ist.

Die politischen Auseinandersetzungen wieder konkreter werden zu lassen, sich stärker an Zukunftszielen als an Stimmungsbarometern wechselhafter Meinungsumfragen zu orientieren, die konservative Gegenbewegung mit den Interessen der Arbeitnehmer zu konfrontieren, anstatt sie emotional ausufern zu lassen, alternative politische Forderungen zu stellen, anstatt sich in tagespolitisch motivierter Anpassungsrhetorik zu üben — das kann Arbeitnehmerpolitik in dieser Zeit helfen und stützen.

Die Rezepte der „herkömmlichen Schule“

Wenn wir so verfahren, dann stellt sich zum Beispiel heraus, daß der Anspruch, mit dem die Vertreter der „herkömmlichen Schule“ in Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik auftreten, im umgekehrten Verhältnis zu der Aussagekraft ihrer Gutachten und Berichte steht, mit denen sie in den letzten Jahren Art und Verlauf

der weltweiten Rezessionsprozesse eingeschätzt haben. Zunächst war für sie die Zeit nach dem Ölchock nur ein konjunkturelles Zwischentief, erschien ihnen zum Beispiel die Jugendarbeitslosigkeit als kurzfristiges Phänomen und die Arbeitslosigkeit überhaupt nur als vorübergehendes Randschichtenproblem des Arbeitsmarktes.

Je länger die Rezession dauerte, sich latente Unterbeschäftigung ausbreitete sowie die sozialen Folgen verminderter Wachstumsraten hervortraten, desto simpler wurden die Erklärungsversuche der Vertreter des herkömmlichen Konzepts. Sie reduzierten sie schließlich auf den Satz: „Schafft die Verunsicherung der Wirtschaft aus der Welt“, und erweckten den Eindruck, als handele es sich bei der Rezession um eine Art psychopathischen Vorgang. Gefragt, was unter den Faktoren der vielzitierten Unsicherheit zu verstehen ist, wurden überwiegend Eckwerte der Arbeitnehmerpolitik genannt: die Tarifabschlüsse („ausufernd“), die Mitbestimmung („systemsprengend“), die soziale Sicherung („überzogen“), die Erweiterung der Bildungsangebote („leichtfertig“) und schließlich all das, was nur annähernd mit Reformpolitik in Verbindung gebracht werden konnte.

Genannt wurden mithin jene Eckwerte, die nicht nur nach unserer Meinung, sondern auch nach dem Urteil vieler ausländischer Beobachter innenpolitische Stabilisatoren der Bundesrepublik in der Zeit weltwirtschaftlicher Turbulenzen gewesen sind. Wo hat sich eigentlich in den letzten Jahren jener Glaubenssatz der „herkömmlichen Schule“ bestätigt, nach dem die sozialen und politischen Verhältnisse um so „sicherer“ seien, je konservativer ein Land regiert wird? Liegt nicht vielmehr die vielzitierte Unsicherheit darin begründet, wie von ihr der Verlauf der Rezession begutachtet wurde, daß Strukturen in Bewegung geraten, aber Denkmuster mit Krusten versehen worden sind, daß ein Überdenken des herkömmlichen Instrumentenkastens der Wirtschaftspolitik ideologisch verdächtigt und der Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung sowie sozialer und politischer Folgewirkungen vernachlässigt wurde.

Um die Gegenfrage zu stellen: wie würde sich das politische und soziale Profil der Bundesrepublik ausnehmen, wenn das konservative Konzept— „Lohnpause“, Abbau der Mitbestimmung, eingeschränkte soziale Sicherung und bildungspolitische Restriktion - die Szene beherrschen würde? Wären das Stabilisatoren und könnte sich darum Zukunftssicherheit kristallisieren?

Läßt man einmal die Sturzbäche technokratischer Details und statistischer Daten beiseite, die reportierend und gutachterlich über die deutsche Innenpolitik hinwegrauschen, und nimmt man die Frage nach den sogenannten Rahmenbedingungen auf, dann zeichnen sich mindestens drei Bereiche ab, auf die die Arbeitnehmervertretung ihre Arbeit konzentrieren muß und in denen verschärfte Auseinandersetzungen im nächsten Jahrzehnt zu erwarten sind.

7. *Ohne Mitbestimmung keine Humanisierung der Arbeitswelt*

Die entscheidende Rahmenbedingung für die Zukunft der Bundesrepublik ist die Reichweite des demokratischen Prinzips. Im Grundsatzprogramm des DGB wird die „demokratische Fortentwicklung auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet“ genauso wie im Godesberger Grundsatzprogramm der SPD gegen jene Auffassungen ins Feld geführt, mit denen Demokratie allein auf den politisch-parlamentarischen Bereich beschränkt werden soll. Der frühere Generalsekretär der CDU, *Bruno Heck*, hat in seiner Kritik am Godesberger Programm die These eines alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringenden demokratischen Prinzips zum Hauptangriffspunkt gemacht.

Was damals manchem als theoretisierender Disput erschien, konkretisiert sich heute in dem politischen Versuch der Konservativen, Gegenwartsprobleme und Zukunftsängste für die Festigung beziehungsweise Restauration hierarchischer Strukturen zu nutzen. Der Platz reicht an dieser Stelle nicht aus, um das mit der Fülle der Zitate zu belegen, die heute gegen die Demokratisierungspolitik gerichtet sind.

Die Spitze des Eisberges ist die Verfassungsklage der Arbeitgeber gegen das neue Mitbestimmungsgesetz. Ihnen geht es dabei nicht um Einzelheiten des geltenden Rechts. Sie wollen unter der Überschrift „bis hierher und nicht weiter“ eine generelle Blockade der Mitbestimmungsentwicklung erreichen, ja bestehende Mitbestimmungsregelungen in Frage stellen. Ihre Beschwerde begründen sie mit dem Hinweis auf die Verfassung — als ob sie eine Art Hausordnung der Kapitaleigner wäre. Die Verfassung aber will den demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Sowohl das Demokratische als auch das Soziale der Politik verlangen, daß die Arbeitnehmer - der überwiegende Teil der Erwerbstätigen - mitbestimmenden Einfluß auf die Bedingungen ihrer Arbeit und materiellen Existenz haben.

Daß es in der Bundesrepublik weniger eruptive soziale Auseinandersetzungen gegeben hat als in anderen westlichen Industrieländern, hängt nicht zuletzt mit dem vergleichsweise höheren Niveau der Sozialordnung zusammen, das durch Betriebsverfassungsrecht, Mitbestimmung, Arbeitsrecht und Arbeitsschutz als Ergebnis politischen und gewerkschaftlichen Wirkens erreicht werden konnte. Wird das in Frage gestellt, ändern sich die Rahmenbedingungen politischer Stabilität.

Sozialdemokratische Arbeitnehmer treten für die Weiterentwicklung des Prinzips Mitbestimmung ein. Wir haben ein Jahrhundert hinter uns, in dem die unterschiedlichsten Ideologien und politischen Entwürfe auf den Prüfstand gebracht worden sind. Alle Versuche, die Arbeitnehmer entweder durch privatkapitalistische Verfügungsmacht oder durch staatsbürokratische Lenkung von der mitbestimmenden Gestaltung des sozialen und wirtschaftlichen Prozesses auszuschließen, haben zu inhumanen und unsozialen Strukturen geführt. Es ist die geschichtliche Erfahrung, daß die Arbeitnehmer ihre Rechte nicht auf andere „delegieren“ können; sie müssen sie selbst wahrnehmen.

Jede Perspektive, die wir der nachwachsenden Generation der Arbeitnehmer mit auf den Weg geben, muß ihre Ausgangsposition im Prinzip demokratischer Mitbestimmung haben. Genauso objektiv reaktionär wie der Verzicht auf die bürgerlichen Freiheitsrechte wäre eine Blockade des demokratischen Prozesses der Mitbestimmung der Arbeitnehmer.

Wir sehen unsere Aufgabe darin, stärker noch als bisher im öffentlichen Bewußtsein den Zusammenhang zwischen Mitbestimmung und den konkreten Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer herzustellen. Gemeinsam müssen wir auch kritisch die Frage aufwerfen, wie die Beziehungen zwischen der Arbeit in den Mitbestimmungs- und Selbstverwaltungsorganen sowie der Arbeitnehmerschaft vertieft werden können, damit nichts zur Gremienroutine erstarrt. Bestandsaufnahmen der bisherigen Erfahrungen mit dem Betriebs- und Personalvertretungsrecht sind notwendig. Wir haben sie mit dem Blick auf künftige Initiativen in der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD eingeleitet.

In den Gesamtzusammenhang des sozialen und demokratischen Fundaments gehört auch, Tarifautonomie gegen Angriffe zu sichern und den gedanklichen Spielereien mit einem „Verbändegesetz“ entgegenzutreten. Das sind Versuche, die gleichsam im Kielwasser der Anti-Mitbestimmungskampagne mitgezogen werden. Die SPD hat in den langen Jahrzehnten ihrer Geschichte bewiesen, daß sie ein verlässlicher politischer Verbündeter ist, wenn es um die Grundlagen geht, auf denen sich die Wirksamkeit freier und unabhängiger Gewerkschaften entfalten kann.

Mit dem Blick auf die Zukunft wird, wie die Gewerkschaftskongresse und der Hamburger Parteitag der SPD ausweisen, die Frage der Beteiligung der Gewerkschaften an gesamtwirtschaftlichen Strukturprozessen an Gewicht gewinnen. Nicht zuletzt die Erfahrungen mit der Verfassungsklage der Arbeitgeber und mit den Entwicklungstendenzen der „Konzertierten Aktion“, in der sich der Teilnehmerkreis vergrößert, aber der Themenbereich sich immer mehr — folgt man zumindest der Berichterstattung — zur Diskussion über die „Lohnfrage“ verengt hat, sprechen dafür. Die sich gesamtwirtschaftlich auswirkende Strukturpolitik hat eine solche Bedeutung für die Arbeitnehmerschaft erlangt, daß sie nicht an den Gewerkschaften vorbeigeführt werden kann.

2. *Dynamische Wirtschaft — was heißt das?*

Sich als dynamisch vorzustellen, gehört zu den verständlichen Visitenkarten von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. Die Frage ist, was das unter den heutigen Bedingungen bedeutet.

Die bundesrepublikanische Wirtschaft wird weithin bestimmt von ihrer Verflechtung mit der Weltwirtschaft. Wir sind einer der international engagiertesten In-

dustrie- und Handelsstaaten; Millionen von Arbeitsplätzen sind mit dem Export verbunden. Die Konsequenz: dynamische Wirtschaft und reaktionäre Außenpolitik sind für die Bundesrepublik unvereinbar.

Die von den Gewerkschaften mitbewirkte Entspannungspolitik ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zum Frieden in der Welt. Sie bleibt die einzige Generallinie, auf der wir uns als Industriestaat behaupten können. Die permanente Versuchung der Konservativen zur außenpolitischen Konfrontation und zum Abenteuer (Strauß in Chile), die Vernachlässigung, ja die Ignoranz der Möglichkeiten, die durch die Vertragspolitik seit 1969 eröffnet worden sind, hätte ihren Preis - politisch wie wirtschaftlich und sozial. Anstatt sich in solchen Konfrontationen zu zerreiben, muß die Bundesrepublik ihre weltweiten Beziehungen ausbauen, und das heißt nicht zuletzt, auch die Kooperation mit den Entwicklungsländern zu vertiefen, die immer mehr als Partner gemeinsamer Zukunftssicherung begriffen werden müssen.

Dynamische Wirtschaftspolitik muß heute auch bedeuten, sich den offensichtlichen Veränderungen in der privaten und öffentlichen Nachfrage zu stellen. Fachleute rechnen nicht damit, daß eine Reihe Güter auf Dauer und im bisherigen Umfang Wachstumsmotore bleiben. Müssen nicht bisher zu kurz gekommene Bedürfnisse (z. B. Umwelt, Freizeit, Vorsorge, soziale Dienstleistungen überhaupt) an Gewicht gewinnen? Wie können diese Leistungen vom Bürger erreicht werden? Wie werden sie gleichsam „marktfähig“? Das heißt, wie reagiert die Wirtschaftspolitik auf die Strukturveränderungen in der Binnennachfrage.

Die öffentliche Hand als Träger vieler Dienst- und Gemeinschaftsleistungen kann sich dieser kritischen Frage nicht entziehen. Insofern kann dynamische Wirtschaft nicht ein auf die „Selbsteilungskräfte des Marktes“ reduzierter Prozeß sein. Konsequenzen ergeben sich für die Organisation der Dienstleistungen und die Struktur des öffentlichen Dienstes. *Grottian, Vilmar* und andere haben Vorarbeiten geleistet, wie die Qualität der Dienstleistungen und gleichzeitig ihre Aufnahmefähigkeit im Hinblick auf künftige arbeitsmarktpolitische Notwendigkeiten entwickelt werden können. Politik und Gewerkschaften stehen dabei neuen Herausforderungen gegenüber. Die selbstsichere Annahme der 60er Jahre, nach der Rationalisierung der Wirtschaft zumindest global am Arbeitsmarkt durch sich ausweitende Dienstleistungen annähernd von selbst ausgeglichen werde, kann zur Zeit so nicht mehr unterstellt werden. Hier bedarf es bewußter und vorausschauender Gestaltung.

Dynamische Wirtschaft muß auch heißen, die Humanisierung der Arbeitswelt einzubeziehen. Neue Ansätze vom Beginn der 70er Jahre (Betriebsärztegesetz, Arbeitsstättenverordnung, Betriebsverfassungsgesetz) sind unter jenen sozialen Druckgeräten, der sich im betrieblichen Alltag im Gefolge der Rezession abzeichnet. Die Attacken auf die Humanisierung der Arbeit signalisieren soziale Konflikte. Mehr Jugendliche als bisher werden künftig mit qualifizierten Abschlüssen das Bildungs-

system verlassen. Die traditionelle Vorstellung, daß nur „gehobene“ Positionen oder gar nur Spitzenstellungen befriedigende Arbeitsverhältnisse garantieren können, würde nicht mehr allein auf sozialen Widerspruch, sondern auf die große Zahl der besser Ausgebildeten stoßen. Bildungsreform und Humanisierung des Arbeitslebens sind interdependente Prozesse. Wer diesen Zusammenhang auflöst und im Gefolge neuer Technologien die Substanz der Arbeit und Arbeitsorganisation aushöhlt, muß wissen, was damit menschlich und politisch riskiert wird.

In diesem Zusammenhang gehört auch die künftige Gestaltung der Arbeitszeit. Sicher können nicht alle Arbeitsmarktprobleme allein mit Arbeitszeitverkürzung bewältigt werden. Aber tabuisiert werden darf dieses Thema nicht. Gewerkschaften und Sozialdemokraten haben in ihrer langen Geschichte die Beziehung zwischen technischem Fortschritt und Arbeitszeit hergestellt (vom 8-Stunden-Tag über die 5-Tage-Woche bis zur flexiblen Altersgrenze). Autonome und staatliche Sozialpolitik müssen dabei zusammenwirken.

Die flexible Altersgrenze schrittweis weiterzuentwickeln, zum Beispiel zunächst für die Behinderten, ein 10. Pflichtbildungsjahr für alle Jugendlichen einzuführen, in den Tarifverträgen der Gestaltung der Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen besonderes Gewicht zu verleihen - das zeichnet sich heute in den Entschließungen der Gewerkschaften und der Parteitage der SPD ab. Mit ihnen ist die Erwartung auf eine schrittweise Realisierung verbunden. Dynamisch kann mithin aus der Interessenlage der Arbeitnehmer Wirtschaft nur dann empfunden werden, wenn sie der Beschäftigungspolitik Priorität verleiht und die soziale Gestaltung der Arbeitsbedingungen als permanenten Auftrag praktiziert.

3. Solidarität der Generationen

Schärfer noch als in den vergangenen Jahrzehnten stellt sich im Hinblick auf die Zukunft die Frage nach den Generationsbeziehungen. Das gilt politisch im Sinn demokratischer Kontinuität, und das machen auch die wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben deutlich, die mit der Integration der geburtenstarken Jahrgänge in Beruf und Arbeit sowie mit der Entwicklung der sozialen Sicherheit für die Älteren, Kranken und Behinderten verbunden sind.

In den nächsten Jahren werden Hunderttausende von Jugendlichen mehr als früher das Bildungssystem mit einem berufsqualifizierenden Abschluß verlassen und auf der anderen Seite geburtenschwache Jahrgänge aus dem Arbeitsleben in die Rente gehen. Etwa in der Mitte der 80er Jahre kehrt sich diese Entwicklung um: weniger Jugendliche, mehr Rentner. Stärker als in anderen Industrieländern schlagen bei uns die Kurven demographischer Entwicklung aus. Von der Gesellschaftspolitik wird ein hohes Maß rechtzeitiger Vorausschau und Flexibilität verlangt. So wäre es zum Beispiel töricht, der konservativen Stimmungsmache gegen qualitativ und

quantitativ ausreichende Bildungsangebote für die Jugendlichen aus den starken Jahrgängen zu erliegen. Diese Jugendlichen sind die Beitragszahler für die Rentenversicherung um die Jahrhundertwende. Sie müssen sich mit der bundesrepublikanischen Volkswirtschaft unter verschärften internationalen Konkurrenzbedingungen behaupten.

Die Alternative kann nicht restriktive Bildungspolitik, sondern muß offensive Arbeitsmarktpolitik für besser ausgebildete Jugendliche heißen. Schon heute ist absehbar, daß ohne Strukturveränderungen — und dazu gehören ein gewandeltes Einstellungsverhalten der Wirtschaft, die Entwicklung humanerer Arbeitsbedingungen sowie die schon genannte Reform des öffentlichen Dienstes und schließlich auch die Einsicht, daß ein Studium zum Beispiel nicht von vornherein schon ein Karrieretikket darstellt - die Probleme nicht bewältigt werden können. Auch die Arbeitsmarktpolitik wird nicht mehr mit kurzfristigen Sonderprogrammen zurecht kommen.

Es ist kein Zweifel, daß diese Diskussion auf ein Feld nervöser Fragen führt, zu denen auch gehört, wie in Zukunft die Einkommensstrukturen in der Bundesrepublik beschaffen sein sollen, um die volle Integration der nachwachsenden jungen Generation in Arbeit, Beruf und sozialer Sicherheit zu erreichen. Wenn die Solidarität der Generationen nur eine politische Überschrift ohne inhaltliche Konsequenzen bleibt, dann kann ein in harten gesellschaftlichen Ursachen begründeter Generationskonflikt nicht ausgeschlossen werden. Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik können bei diesem Sachverhalt nicht auf Wachstum warten wie auf Godot. Diese sozialen Integrationsprozesse können nicht allein den sogenannten „Selbsteilungskräften des Marktes“ überlassen werden. Hier liegt eine der größten Herausforderungen für die fortschrittlichen Kräfte unserer Gesellschaft. Der Generationsvertrag, der bisher überwiegend aus den Solidarbeziehungen der sozialen Sicherheit heraus definiert wurde, hat eine neue Dimension erhalten.

Die Bundesrepublik Deutschland verfügt über bessere Voraussetzungen als andere Industrieländer, diesen Herausforderungen nachzukommen. Das Bildungswesen wurde enorm erweitert. Die Zunahme der Lehrstellen und der spürbare Abbau des Numerus clausus an den Hochschulen, beides durch die Kapazitäten bei Staat und Wirtschaft möglich, können zu höheren Zahlen berufsqualifizierender Abschlüsse führen als in anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft.

Auch im Hinblick auf das soziale Sicherungssystem hat unser Land durch gewerkschaftliche und politische Anstrengungen eine international anerkannte Position erreicht. Auf beiden Feldern des Generationsvertrages - der sozialen Integration der Jugendlichen wie der sozialen Sicherheit - leistungsfähig zu bleiben, sich nicht der konservativen Stimmungsmache für einen Restriktionskurs hinzugeben, das ist die politische Aufgabe.

Die sozialpolitische Diskussion muß wieder breiter angelegt werden. Sie muß sich vor der Gefahr bewahren, nur Rezessionsverluste auf den Konten der sozialen Sicherheit umzubuchen. Sie darf sich auch nicht allein auf die finanzielle Konsolidierung der Rentenversicherung beschränken. Die nächsten Jahre müssen zu einer umfassenden sozialpolitischen Bestandsaufnahme genutzt werden. Allein das Urteil des Bundesverfassungsgerichts veranlaßt dazu. Mehr Gerechtigkeit in der Altersversorgung für alle Bürger, die Offenlegung der sozialen Wirkungen der Transferprozesse, die kritische Analyse der Ausgaben in der Krankenversicherung, die Wiederbelebung des Vorsorgegedankens - im ganzen die tatsächliche soziale Effizienz des bundesrepublikanischen Sozialbudgets wird ein herausragendes Thema im Übergang von den 70er zu den 80er Jahren sein müssen.

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Diese drei Bereiche habe ich als Beispiele für mein Plädoyer für eine Reformpolitik genannt. Das heißt: gegen die konservative „Tendenzwende“ mit einer sozialen Offensive vorzugehen, die sich an der Einsicht in gesellschaftliche Erfahrungen und an den Interessen der Arbeitnehmer orientiert.

Das bewegt uns in der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD. Mit ihren tausenden von Betriebsgruppen und den regionalen Arbeitsgemeinschaften in den Unterbezirken und Bezirken der SPD wollen wir die Erfahrungen aus dem betrieblichen und gewerkschaftlichen Alltag aufnehmen und in die politische Willensbildung einführen.

Die AfA ist kein Flügel der Partei. Die SPD im ganzen ist ihrer historischen Entwicklung und ihrem aktuellen Auftrag nach zur Politik für Arbeitnehmer verpflichtet. Die Arbeitsgemeinschaft ergänzt mit ihren Beziehungen zum Arbeitsleben dabei die Wohnortsorganisation der SPD.

Wir empfinden uns als aktive Mitstreiter in den Einheitsgewerkschaften, respektieren deren Unabhängigkeit, deren Aufgaben und Arbeitsbereich und deren Verantwortlichkeit, die durch nichts ersetzt werden kann. Um *Fritz Erler* zu zitieren: Keiner ist der verlängerte Arm des anderen. Aber in der Besinnung auf die historischen Wurzeln der Arbeiterbewegung und in der Verpflichtung, eine soziale Demokratie zu verwirklichen, sind wir die politische Kraft, auf die sich Zukunft gründen läßt.

Bei dieser Arbeit für die Zukunft die Jugendlichen sowie die Frauen mit ihrem Anspruch auf nicht nur formale, sondern soziale Gleichberechtigung einzubeziehen, den ausländischen Kolleginnen und Kollegen Chancen der Mitarbeit zu eröffnen, die Rolle der Arbeitnehmer in Europa und gegenüber der wachsenden Arbeitnehmerschaft in den Entwicklungsländern zu profilieren, stehen wir heute — die Gewerkschaften und die deutsche Sozialdemokratie — vor gemeinsamen Aufgaben. Erin-

nern wir uns dabei an den Geist der Solidarität, wie er in dem Text einer vergilbten Schrift des Jahres 1890 zum 1. Mai in der Sprache der damaligen Zeit seinen Ausdruck fand:

„Die Erfolge der Arbeiter wären aber nicht möglich geworden, wenn die Widerstandsfähigsten unter ihnen nur für sich gesorgt und gekämpft, wenn sie sich nicht als die Vorkämpfer, Leiter und Organisatoren der gesamten Arbeiterklasse betrachtet hätten. Wenn sie nicht bestrebt gewesen wären, ihre schwächeren Mitarbeiter, die entweder gar nicht oder wenigstens nicht allein ohne fremde Hilfe imstande waren, ihre Interessen zu vertreten, an ihren Errungenschaften teilnehmen zu lassen.“